

Zürich, 11. Dezember 2023

Meine täglichen Gedanken

Die Quadratur des Kreises: Die Trittbrettfahrer

vom 9. Dezember 2023

Schlagzeilen aus der NZZ und anderswo

(Die Kommentare des Verfassers sind blau unterlegt)
10. Jahrgang Nr. 276



Ein Heer friedliebender Heuchler

Peter A. Fischer, 9. Dezember

Die Armee muss wehrfähiger werden, sonst ist die Schweiz Trittbrettfahrerin und die bewaffnete Neutralität eine Illusion. Zu behaupten, deswegen müsste die Schuldenbremse ausser Kraft gesetzt werden, ist Augenwischerei.

Da widerspricht sich Peter Fischer gleich im ersten Satz! Die Armee ist nicht mehr einsatzbereit, selbst der CdA Thoma Süssli hat festgestellt, dass seine Armee nur drei Wochen durchhalten könnte, Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon mehr als 600 Tage! Warum ist die Schuldenbremse für die Schweizer Sicherheitspolitik ein Thema. Warum wird BV Art. 2 mit Füßen getreten. In diesem Artikel geht es um „Sein oder Nichtsein“ der Schweiz!

Bundesverfassung Art. 2 Zweck:

1 Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

2 Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Land.

3 Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.

4 Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

Um ein Land verteidigen zu können, braucht es Panzer. Unter der kurz nach dem Fall der Mauer beschlossenen «Armee 95» gab es fünf Panzerbrigaden, ausgerüstet mit ungefähr 370 Leopard-2-Panzern. Das erlaubte es, die Grenzen und Transversalen gegen Angriffe aus mehreren Richtungen zu sperren, so wie es die Ukraine beim Angriff der Russen tun musste.

Heute ist die Schweizer Armee laut «Zielbild 2030» noch gegen einen Stoss von einer einzigen Seite verteidigungsfähig – mit drei Panzerbrigaden, von denen eine nur auf dem Papier existiert.

Die verbliebenen zwei verfügen noch über 134 Panzer, die spätestens bis 2030 modernisiert werden sollten. Doch bereits der dringend notwendige Kauf von 36 F-35-Kampffjets (das bevölkerungsmässig und wirtschaftlich kleinere Finnland kauft 64 davon) kostet 6 Milliarden – und **die Modernisierung der Bodentruppen ist noch alles andere als gesichert.**

Sowohl für die Panzer wie für die Artillerie, welche den Gegner abhalten müsste, reicht die Munition knapp für den laufenden Übungsbetrieb. Wie leer die Munitionslager sind, ist geheim. **Ziemlich gesichert ist jedoch, dass der Schweiz im Ernstfall nach wenigen Tagen die Munition ausgehen würde.**

Was nützt es, wenn die NZZ feststellt, dass die Armee einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht genügen kann und die Waffensysteme veraltet sind, wenn bedingungslos und grundlos an der Schuldenbremse festgehalten werden soll, das Ausland kennt keine Schuldengrenze, der Musterschüler Schweiz will in Anstand sterben und sein Land aufgeben.

Reiches Land in Not - Bombenalarme gehören in weiten Teilen der Ukraine inzwischen zum traurigen Alltag. Zum Glück fangen moderne Abwehrsysteme einen Grossteil der auf militärische und zivile Infrastruktur zielenden russischen Raketen ab. **Die Schweiz hat derzeit kein funktionierendes solches System, um etwa ihre Energieinfrastruktur wirksam zu schützen.** Erste Abhilfe sollen demnächst Patriot-Raketen bringen, bei denen die Eidgenossenschaft ebenso wie bei den Kampffjets auf die Lieferbereitschaft der USA angewiesen ist. Und um beispielsweise aus dem Mittelmeer abgefeuerte Mittelstreckenraketen wirksam abfangen zu können, brauchte es wohl eine gut eingeübte Kooperation mit dem Nato-Staat Italien.



Die Luftabwehr auf grössere Distanz (50-100 km) wurde mit der Ausserdienststellung des Bloodhound 64 Systems im Jahre 2007 völlig vernachlässigt.

Kurzum: **Anspruch und Wirklichkeit der bewaffneten Schweizer Neutralität klaffen in einem erschreckenden Mass auseinander. Grund dafür ist die «Friedensdividende», die die Schweiz wie kaum ein anderes Land für sich in Anspruch genommen hat.** In der EU sank der Anteil der Wirtschaftsleistung, der für die Armee aufgewendet wurde, von 1990 bis 2014 von 2,4 auf 1,3 Prozent.

Die Schweiz reduzierte ihre Armeeaussgaben derweil von 1,6 auf 0,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Selbst wenn man konzidiert, dass das Schweizer Milizsystem Vollkosten von rund 0,4 Prozent des BIP ausblendet, die etwa für Löhne in einer Berufsarmee zusätzlich anfallen würden, ist das im internationalen Vergleich ausserordentlich wenig.

Die Schieflage zeigt sich erst recht, wenn man absolute Ausgaben vergleicht. Seit 1992 hat Russland seine Ausgaben fürs Militär real um zwei Drittel erhöht, die USA um knapp einen Drittel.

Finnland und Norwegen geben fürs Militär vier Fünftel mehr aus, Schweden einen Drittel.

Deutschland hingegen hat seinen Aufwand für die Armee um zwei Prozent reduziert, die Schweiz um einen rekordverdächtigen Fünftel!

Warum muss die Schweiz immer dem grossen Kanton im Norden folgen? Die Schweiz ist kein deutsches Bundesland und die Schweiz hatte auch nie eine deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, welche die Kernkraftwerke aus der Energiestrategie verbannte und im Jahre die grosse Migrationsbewegung aus dem Osten initiierte. „Wir schaffen das“, waren ihre verhängnisvollen Worte. Warum soll für die Schweiz das Gleiche gelten?

Zu glauben, es gäbe in Europa nie wieder einen konventionellen Krieg, war leider naiv. Viele Staaten erkannten das schon beim blutigen Zerfall von Jugoslawien; spätestens mit Russlands Annexion der Krim hätte es offenkundig werden sollen. Ruchlose Potentaten wie Wladimir Putin verstehen offensichtlich nur die Sprache der Stärke. Wer sich nicht glaubhaft verteidigen kann, darf sich nicht mehr sicher fühlen.

Aber noch immer erwacht die Schweizer Bundespolitik nicht, zuerst muss wohl eine BODLUV-Lenkwaaffe im Bundeshaus einschlagen....

Unter dem Begriff der Zeitenwende hat der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz zumindest rhetorisch die Konsequenzen gezogen. **In der Schweiz hingegen debattieren Bundesrat und Parlament, ob eine Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 0,76 Prozent des BIP auf 1 Prozent zumutbar sei und ob dies bis 2030 zu schaffen wäre – oder doch erst 2035, wie vom Bundesrat vorgeschlagen.**

Dass das – abgesehen von einigen Kleinstaaten – reichste Land Europas finanziell nicht in der Lage sein soll, eine einsatzfähige Armee zu finanzieren und dafür ungefähr 1 Prozent seiner Wirtschaftsleistung beziehungsweise zusätzliche 0,25 Prozentpunkte des BIP auszugeben, wirkt angesichts der Bedrohungslage wie ein Hohn.

Diese Feststellung von Peter Fischer ist zutreffend, aber es muss festgehalten werden, dass die Erhöhung auf 1 Prozent des BIP für die Armee nicht einmal die halbe Miete bedeuten, die Armee ist punkto persönliche Ausrüstung und Waffensysteme hoffnungslos ins Hintertreffen geraten. Um wieder glaubwürdig zu werden, müssten in den nächsten 10 Jahren mindestens CHF 30 Milliarden investiert werden. Dieser Betrag könnte nur mit einer Bundesanleihe beschafft werden. Selbst nach den weltweiten Zinssatzerhöhungen könnten diese Mittel am Schweizer Kapitalmarkt zu Zinssätzen zwischen 1.5 und 2 Prozent beschafft werden, was sogar eine Zusatzverzinsung zu den gegenwärtigen Renditen für sog. Triple A Schuldner bedeuten würde. - Was spricht denn gegen eine solche Finanzierung? Schliesslich geht es ja darum, die Schweiz als souveränen, eigenständigen Staat zu erhalten!

Würde sich die Schweiz zu einem solchen Weg entscheiden, das Ausland, inklusive die USA würden aufhören und ihre Belästigungen punkto Schweizer Neutralität sofort einstellen. „Wir schaffen das!“ wäre die Antwort der Schweiz ohne Nato Zugehörigkeit.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Schweiz droht sich aufs Trittbrettfahren zu verlegen und offiziell auf ihre bewaffnete Neutralität zu pochen, tatsächlich jedoch auf den impliziten Schutz durch die Nato zu vertrauen. Dass das bei den USA und ihren Verbündeten auf wachsendes Unverständnis stösst, kann nicht verwundern.

Kann auf den impliziten Schutz durch die Nato überhaupt vertraut werden? Auf einen nördlichen Schutz durch das Nato-Mitglied Deutschland, welchem sogar die Panzer fehlen? Dies ist doch völlig lächerlich!

Höchste Zeit also für eine rasche Korrektur, wie sie das bürgerlich dominierte Parlament vom Bundesrat zu Recht verlangt. Das sei nur möglich, wenn die zusätzlichen Ausgaben fürs Militär an der Schuldenbremse vorbeifinanziert oder durch Steuererhöhungen gedeckt würden, tönt es aus Bern. Doch auch das ist heuchlerisch.

Das Trauerspiel der Schweizer Sicherheitspolitik wird weitergehen, so lange auch die Armee und ihre Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Schuldenbremse unterstellt sind. Da bleibt die Sicherheitspolitik im Budget der Eingenossenschaft von inzwischen rund CHF 90 Milliarden mit CHF 6-7 Milliarden eine sehr kleine Nummer und auch diese kleine Nummer wird in den Budgetdebatten wieder zusammengestrichen.

An der Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist nichts ausserordentlich oder unvorhersehbar. Wer jetzt die Schuldenbremse aushebeln will, kehrt zurück zu den Zuständen Anfang der 1990er Jahre, die zur Einführung der schweizerischen Schuldenbremse geführt haben. Weil Bundesrat und Parlament damals regelmässig zum Schluss kamen, dass die notwendigen Ausgabenkürzungen nicht zumutbar seien, explodierten die Schulden des Bundes innerhalb von zwölf Jahren von 38,5 auf 122 Milliarden Franken. Erst die Schuldenbremse vermochte der Unfähigkeit der Politik, zu sparen, Einhalt zu gebieten – zum Glück gibt es sie!

In Bezug auf die Schuldenbremse und die Behandlung der Sicherheitspolitik irrt die NZZ und ihr Chefökonom gewaltig. Es geht nicht um ausserordentlich oder unvorhersehbare Investitionen, es geht um einen Nachholbedarf und Vernachlässigungen der letzten rund 30 Jahre! Diese können niemals der Schuldenbremse unterworfen sein!

Sparpotenzial gibt es genug - Dass es nicht möglich sein soll, die Zusatzausgaben für die Armee durch Einsparungen andernorts zu kompensieren, ist schwer vermittelbar. **Es geht um rund 2 Milliarden Franken bei für das nächste Jahr geplanten Gesamtausgaben des Bundes von 89,7 Milliarden Franken (notabene 3,5 Milliarden mehr als im Vorjahr).** Bund, Kantone und Gemeinden nehmen den Privaten in der Schweiz bereits jeden

dritten Franken. Statt den privaten Konsum durch staatliche Ausgaben weiter zu verdrängen, gilt es den Übermut der Corona-Jahre zu korrigieren. **Dafür sind Bundesrat und Parlament da: um auch an den sogenannt gebundenen Ausgaben gesetzgeberische Korrekturen vorzunehmen und Prioritäten zu setzen.**

Da geht offenbar bei der NZZ jeglicher militärischer Sachverstand ab. Wir sprechen von ganzen Waffensysteme, Flugwaffe, Luftverteidigung, Bodentruppen: Ersatz der mechanisierten Artillerie, zumindest Retrofit der Panzerverbände. Eine Schweizer Luftwaffe mit 36 F-35, sofern sie denn ab dem Jahr 2027 geliefert werden ist so ungenügend wie lediglich 2 Patriot Luftabwehrsysteme. Auch die einzige Luftabwehr, die 35 mm-radarisierte Flab nähert sich dem Ende ihrer Einsatzzeit. Und alle diese Aufgaben sollen mit Einsparungen zu bewältigen sein?

Eher geht die Schweizer Politik durch ein Nadelöhr, als dass das Parlament die Sparmassnahmen von 2 Milliarden Franken bei den befundenen Ausgaben ansetzen würde und die Sicherheitspolitik und die Landwirtschaft unbehelligt liessen!

Doch mit dem Sparen von 2 Milliarden bei den gebundenen Ausgaben ist der Schweizer Sicherheitspolitik überhaupt nicht geholfen!

Seit 1990 haben sich die Ausgaben des Bundes real verdoppelt und die Sozialausgaben mehr als verdreifacht, während die Wirtschaftsleistung «nur» um zwei Drittel gewachsen ist. Allein für die AHV gibt der Bund inzwischen zweieinhalb Mal so viel aus wie für die Landesverteidigung. Dabei gehört Sicherheit zu den Kernaufgaben des Staates und war die AHV als von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziertes Sozialwerk gedacht. Indem der Bund immer mehr bezahlt, werden bloss die Kosten der mangelnden Bereitschaft, das Pensionsalter anzuheben, verwischt.

Mit anderen Worten, die Finanzierung der AHV, die Verkehrsinfrastruktur und Bildung und Erziehung lassen die Sicherheitspolitik, die Staatsaufgabe Nr. 1 verdursten und sterben!

Laut dem Subventionsmonitor des Instituts für schweizerische Wirtschaftspolitik (IWP) an der Uni Luzern plant der Bund dieses Jahr 48,5 Milliarden Franken für Subventionen auszugeben, von denen die Ökonomen 6,7 Milliarden als volkswirtschaftlich schädlich taxieren. Allein die Subventionen für den öffentlichen Verkehr sind seit 1990 real um vier Fünftel gestiegen. Die Ausgaben für Energie haben sich von 50 Millionen Franken auf dieses Jahr geplante 5,9 Milliarden ver Hundertachtzehnfacht. Dabei werden zu einem guten Teil Investitionen subventioniert, die sowieso geschehen würden. Viel wirkungsvoller wäre eine Rückbesinnung auf aufkommensneutrale Lenkungsabgaben, die Emissionen verteuern und Einsparungen belohnen. Richtig gemacht, könnten gerade auch Einkommensschwache davon profitieren. Ob bei den Sozialausgaben, im Verkehr, in der Energiepolitik, der viel zu intensiv betriebenen Schweizer Landwirtschaft oder bei den Staatsangestellten, deren Zahl überproportional gewachsen ist und die im Durchschnitt mehr verdienen als in der Privatwirtschaft: Einsparungsmöglichkeiten gäbe es zuhauf. Man muss nur sparen wollen beziehungsweise müssen.

Die Frage, die sich stellt, ist simpel: **Wollen wir ein Heer von friedliebenden Heuchlern und Trittbrettfahrern sein, oder meinen wir es ernst mit unserer Armee, der bewaffneten Neutralität und dem haushälterischen Umgang mit Steuergeldern?** Hoffentlich tun wir das, sorgen mit einer Erhöhung der Armeeausgaben bis spätestens 2030 dafür, dass man unsere Wehrhaftigkeit wieder ernst nehmen muss, und halten dabei die Schuldenbremse ein, ohne auf Steuererhöhungen einzuschwenken.

Umgang mit Steuergeldern? Peter Fischer hat bereits mit Zahlen bewiesen, dass dem Bundesparlament ein haushälterischer Umgang seit rund 30 Jahren nicht gelungen ist und dass die falschen Prioritäten gesetzt wurden. Welche(r) verantwortungsvolle Politiker(in) hat von dieser Misere bei der Finanzierung der Armee rechtzeitig gewarnt und ihr politisches Instrumentarium aufgebaut und verwendet. Diese Politiker können praktisch in einer Hand gezählt werden. Auch die Bundesräte sind keineswegs unschuldig. Noch immer erhält altBundesrat Kaspar Villiger für seine unbedachte Idee der Schuldenbremse keinen Tadel! Die Schweiz missachtet mit der Schuldenbremse nach Art. 126 BV die beiden zentralen Artikel 2 BV und Art. 58 Abs. 2 BV. Damit setzt die Schuldenbremse diese beiden Artikel praktisch ausser Kraft, die Armee bleibt nur noch Alibi und die Zukunft der Schweiz nach dem Zweckartikel BV Art. 2 wird völlig in Frage gestellt!

Höhere Einnahmen brauchte der Bund nämlich nicht wegen des Militärs, sondern weil er generell immer mehr Geld verteilen will und unfähig ist, zu sparen, statt finanzpolitische Prioritäten zu setzen. Der kurzfristig vermeintlich einfachere Weg der zusätzlichen Steuern und Abgaben wäre mittelfristig viel kostspieliger und erschöpfender – und eine Bankrotterklärung der Politik.

Höhere Steuern und Abgaben um der Ausgabenmisere zu begegnen? Dies wäre ein Tropfen auf dem heissen Stein und würde der Volkswirtschaft viel Geld entziehen. Für eine glaubwürdige Armee kann nur mit einer Bundesanleihe die gegenwärtige Not, welche ständig noch schlimmer wird, beigegeben werden!

„Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“, Kurt Tucholsky war treffsicher. Auch die NZZ versucht die Quadratur des Kreises zu bewerkstelligen. Schuldenbremse für Armeeausgaben ja, Trittbrettfahren nein, Sicherheitspolitik stärken nein, Armee kritisieren ja, die Schweiz hat eine Zukunft nein! So liest sich auch der Tenor von NZZ-Chefökonom Peter Fischer (NZZ vom 9. Dezember 2023): „Ein Heer friedliebender Heuchler“. Der Titel stimmt, leider nicht der Inhalt! Es werden alle Fakten geliefert. Die Schweiz hat die Friedensdividende längst aufgezehrt, hält aber unentwegt an der unseligen Schuldenbremse für die Sicherheitspolitik fest. Damit lässt die Glaubwürdigkeit der Armee nicht wiederherstellen. Der Nachholbedarf der Sicherheitspolitik ist ausgewiesen, er lässt sich nicht mit einer Erhöhung der Armeeausgaben bis 2030 oder gar erst 2035 nicht schönreden.

Kein Land, welches langfristig als souveräner Staat überleben und eine Zukunft haben will, unterstellt seine Selbstbehauptung der Schuldenbremse. Die USA kennen in der Sicherheitspolitik keine Schuldenbremse und auch in der EU ist diese nicht vorgegeben. In der EU umfassen die Regeln zur Schuldenbremse keine Schuldenobergrenze, ganz im Gegensatz zur Schweiz. Die Sicherheitspolitik ist nicht die Residualgrösse des finanziellen Spielraums der übrigbleibt, wenn alle stark wachsenden Staatsaufgaben gedeckt sind. Damit schafft sich die Schweiz gleich selbst ab! Damit verliert die Sicherheitspolitik der Schweiz auch gegenüber dem Ausland jegliche Glaubwürdigkeit. Die Schweiz kann es sich aufgrund des geopolitischen Umfeldes nicht mehr leisten, Rosinenpicker zu sein.

Die Erhöhung der Armeeaussgaben bis 2030 duldet keinen Aufschub, wie vom Bundesrat beabsichtigt. Doch dies ist nur der erste kleine Schritt zu mehr Glaubwürdigkeit. Die Schuldenbremse für die Sicherheitspolitik gehört abgeschafft, sie gefährdet die Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz und kollidiert somit mit Art. 2 der Bundesverfassung, dem Zweckartikel.

Verteidigung - Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses auf offiziellem Besuch in der Schweiz *Bern, 4. Dezember*

Am 4. und 5. Dezember 2023 stattet Admiral Rob Bauer, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, der Schweizer Armee einen offiziellen Besuch ab. **Im Zentrum der Gespräche mit dem Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, steht die Intensivierung der Kooperation mit der NATO.** Auch ein Höflichkeitsbesuch bei der Chefin VBS, Bundesrätin Viola Amherd, ist vorgesehen.
Gruppe Verteidigung

Selbst wenn die Schweiz de jure kein Nato-Mitglied ist, de facto geht der Bundesrat und die Departementschefin VBS, Viola Amherd davon aus, dass die Schweiz bereits Nato-Mitglied ist. Aber was hält denn die Nato-Militärspitze von der Schweiz als Trittbrettfahrer?

Streit ums Militärbudget spitzt sich zu *Fabian Schäfer, Georg Häsler, 4. Dezember*

Die teuerste Armeebotschaft der Geschichte löst in Bern Unruhe aus.

32 Milliarden Franken: Dies ist das Preisschild für die Auffrischung der Schweizer Landesverteidigung. Die Zahl stammt aus dem vertraulichen Entwurf der Armeebotschaft 2024,

die zurzeit in der Bundesverwaltung zirkuliert. Sie soll einen langfristigen Ausblick auf die Entwicklung und Stärkung der Armee liefern.

Nachdem der Bund die Landesverteidigung in den letzten Jahrzehnten stark reduziert und vielfach reformiert hat, pocht die bürgerliche Mehrheit im Parlament angesichts der neuen unsicheren Weltlage auf eine rasche Korrektur. Doch das Geld beim Bund ist knapp. **Nun versucht die Verteidigungsministerin Viola Amherd in der Armeebotschaft einen Planungsbeschluss unterzubringen, der bis 2035 Investitionen in Rüstungsvorhaben in noch nie gesehenem Umfang vorsieht.** Dies zeigen Dokumente, in welche die NZZ Einblick hatte.

Viola Amherd wird es sicherlich gelingen, trotz bedeutenden Abstrichen für die nächsten zehn Jahre als Siegerin hervorzugehen und selbst die kleinsten finanziellen „Errungenschaften“ und sei dies eine Erhöhung des VBS-Budgets bis 2035 (statt 2030) als Erfolg für das VBS zu verkaufen. Doch gerade der Gesamtbundesrat müsste sich einig sein, dass dies völlig ungenügend ist. Der Bundesrat müsste endlich klar kommunizieren, dass die Sicherheitspolitik und Armee der Schweiz nur mit einem Nachholbudget, finanziert ausserhalb des ordentlichen Bundeshaushalts, die Glaubwürdigkeit zurückerobern kann.

Der Widerstand gegen die teuerste Armeebotschaft aller Zeiten ist gross. Doch Amherd kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie lediglich die bisherigen Vorentscheide des Bundesrats umsetzt. Dieser hat vom Parlament ursprünglich den Auftrag erhalten, die Armeebudgets bis 2030 auf 1 Prozent des BIP anwachsen zu lassen, von 5,5 auf 9,5 Milliarden Franken pro Jahr. Weil der Bundesrat das als unrealistisch erachtete, hat er den Zeitplan erstreckt: **Anfang Jahr entschied er, das 1-Prozent-Ziel bis 2035 zu erreichen.** Daran haben sich Amherd und die Armeespitze orientiert, als sie das 32-Milliarden-Paket schnürten.

Trotzdem hat die Finanzverwaltung in der internen Konsultation Einspruch erhoben. Das Thema wird auch in der Budgetdebatte des Parlaments zu reden geben, die am Dienstag beginnt. Zur Debatte steht überdies ein Vorstoss, der die Erhöhung der Armeebudgets vorübergehend an der Schuldenbremse vorbei finanzieren möchte.

Der Wiederaufbau der Armee stiftet Unruhe im Bundesrat.

Fabian Schäfer, Georg Häsler, Bern, 4. Dezember

Die Verteidigungsministerin Viola Amherd arbeitet an der teuersten Armeebotschaft aller Zeiten – die Finanzverwaltung legt sich quer.



Bundesrätin Viola Amherd will 32 Milliarden Franken für die Armee bis 2035.
Urs Flueeler / Keystone

Es mag erstaunlich klingen. Aber laut dem «Walliser Boten» – und der muss es ja eigentlich wissen – ist die Mitte-Bundesrätin Viola Amherd eine «Partylöwin». Der Grund für den zweifelhaften Titel: Weil Amherd nächste Woche zur Bundespräsidentin gekürt wird, will der Kanton Wallis kurz vor Weihnachten in Brig eine Feier veranstalten, die ihresgleichen sucht – zumindest finanziell. Bis zu 350 000 Franken darf sie kosten. Damit ist Amherds Partybudget, wie der «Bote» eruiert hat, deutlich grösser als das früherer Bundespräsidenten.

In Bern ist die Verteidigungsministerin bisher nicht als «Partylöwin» aufgetreten. Aber sie arbeitet gerade daran, sich einen Ruf als «Budgetlöwin» zu verschaffen. Wobei es hier um wesentlich

grössere Summen geht als bei der Sause in Brig.

Preis für die Friedensdividende - Von der Öffentlichkeit bislang unbemerkt, arbeiten Amherd und ihre Vertrauten daran, für die Armee ein Milliardenpaket zu schnüren, wie es die Schweiz noch nie gesehen hat. 32 Milliarden Franken – dies ist das Preisschild: Der Bundesrat soll einen Planungsbeschluss verabschieden, der bis 2035 Investitionen für Rüstungsbeschaffungen in diesem Umfang vorsieht.

Zum Vergleich: Der Bau der Neat-Eisenbahntunnel kostete 23 Milliarden. Auch im Vergleich mit früheren Armeebotschaften bedeutet Amherds Paket eine neue Dimension. **Anfang 2022, kurz vor dem russischen Überfall auf die Ukraine, sah das Verteidigungsdepartement (VBS) für die nächsten zehn Jahre «nur» 15 Milliarden vor.**

Nun also 32 Milliarden. Es ist der Preis für einen üppigen Bezug der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Kriegs. Seit den 1990er Jahren hat der Bund die Armee derart zusammengespart, dass sie heute faktisch nicht mehr in der Lage ist, ihren Kernauftrag, die Landesverteidigung, zu erfüllen. **Die 32 Milliarden sollen es ermöglichen, zumindest ein minimales Ambitionsniveau der militärischen Fähigkeiten zu erreichen.**

Die grosse Zahl steht im Entwurf des VBS für die Armeebotschaft 2024. Diese kommt zwar erst Anfang des nächsten Jahres in den Bundesrat, die Eckwerte aber werden zurzeit hinter den Kulissen der Verwaltung ausgehandelt. Weil das Geschäft in diesem Stadium noch nicht öffentlich ist, will niemand offiziell dazu Stellung nehmen. Die NZZ hatte jedoch Einsicht in Dokumente, die ein klares Bild zeigen.

Wo soll der Bund sparen? - Es ist das Bild eines scharfen Verteilungskampfs. Das Geld wird knapp in Bern. Soeben hat die Finanzministerin Karin Keller-Sutter ihren Kollegen im Bundesrat einen Finanzplan mit Defiziten in Milliardenhöhe präsentiert. Zu den Vorschlägen ihrer Kollegin Amherd hat sie noch nicht Stellung bezogen. **Die Eidgenössische Finanzverwaltung leistet im Hintergrund jedoch bereits vehementen Widerstand: In der verwaltungsinternen Konsultation zur Armeebotschaft hat sie das VBS Mitte November aufgefordert, den 32-Milliarden-Beschluss aus der Botschaft zu entfernen.**

In Amherds Departement löste der Widerstand Unruhe aus. Die Bedrohungslage verändert sich rasant, aber der Wiederaufbau der Armee verzögert sich. Das VBS warnt davor, dass gravierende «Fähigkeitslücken» Ende des laufenden Jahrzehnts drohen. **Trotz der politisch gross angekündigten Budgeterhöhung könnte es im schlimmsten Fall zu einem Sparprogramm bei den Betriebskosten kommen, um doch noch minimale Investitionen zu tätigen.** Die Sorgen der Armeeplaner sind das vorläufige Ende eines eigenartigen Hin und Hers.

Die Geschichte beginnt mit einem Versprechen. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine will das Parlament die Schweizer Armee rascher auf Vordermann bringen als geplant. **Es unterstützt einen Vorstoss der sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte für eine schrittweise Erhöhung des Armeebudgets bis 2030 auf 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Das entspricht einem Anstieg von 5,5 auf 9,5 Milliarden Franken pro Jahr.** Das ist massiv, aber Bundesrätin Amherd beruhigt die Skeptiker: Niemand werde darunter leiden müssen, sagt sie.

Der für die Sicherheitspolitik negativen Kompromisse sind viele. Es ist davon auszugehen, dass die Erhöhung des Armeebudgets auf 1 Prozent erst im Jahre 2035 erreicht wird, was für die Armee massive Abstriche bedeutet und die Schweiz auch international weiter ins Hintertreffen abgleiten lässt. Da wird die Nato, für die Schweiz ein Partner der sog. Interoperabilität „nicht amused“ sein.

Bald zeigt sich, dass das nicht stimmt. Um den verlangten Turbo-Anstieg des Militärbudgets zu finanzieren, dürften die Ausgaben in anderen Bereichen wie Bildung, Entwicklungshilfe oder Landwirtschaft nicht mehr wachsen oder müssten sogar sinken. Oder aber der Bund müsste die Steuern erhöhen. Beides scheint politisch schwierig bis unmöglich zu sein.

Und so tritt der Bundesrat Anfang 2023 auf die Bremse: Er will das Erreichen des 1-Prozent-Ziels um fünf Jahre auf 2035 verschieben. Auch so würden die Militärbudgets immer noch deutlich stärker wachsen als bis vor kurzem geplant. **Doch bürgerliche Sicherheitspolitiker reagieren ungehalten, sie pochen auf die ursprüngliche Vorgabe des Parlaments.**

Retten, was zu retten ist - Bald kommt es noch schlimmer für sie: Nicht einmal das abgespeckte Ziel – 1 Prozent bis 2035 – lässt sich realistisch erreichen. Zumindest hat der Bundesrat bis dato nicht aufgezeigt, wie er es erreichen will. **Die Schuldenbremse lässt keine defizitären Budgets zu.** Und ein Grossteil der drohenden Fehlbeträge ist auch in der weniger ehrgeizigen Variante immer noch auf den Anstieg der Militärbudgets zurückzuführen. Was nun?

Das VBS versucht zu retten, was zu retten ist. Es kämpft dafür, dass wenigstens die abgeschwächte Aufstockung umgesetzt wird. Genau dazu dient der 32-Milliarden-Beschluss im Entwurf der Armeebotschaft: **Er umfasst die Investitionen, die notwendig sind, um das 1-Prozent-Ziel bis 2035 zu erreichen.** Will heissen: Der Planungsbeschluss soll dafür sorgen, dass den Worten Taten folgen – und die Armee ein Minimum an Planungssicherheit erhält.

Wenn Amherd damit durchkommt, wird das Parlament den Bundesrat formell beauftragen, in den nächsten Jahren Rüstungskredite in dieser Höhe vorzulegen. Planungsbeschlüsse sind zwar nicht in Stein gemeisselt, haben aber eine gewisse Verbindlichkeit. Grundsätzlich kann der Bundesrat davon abweichen, das kommt aber selten vor, muss begründet werden und sorgt politisch für Unruhe. Entscheidend ist letztlich, welche Beträge das Parlament jeweils im Dezember im Budget für das nächste Jahr festlegt.

Das VBS kann für sich in Anspruch nehmen, dass sein umstrittener Planungsbeschluss nur den Vorentscheid des Bundesrats umsetzt. Die Finanzverwaltung bestreitet dies zwar nicht, will das 32-Milliarden-Paket aber trotzdem verhindern. Ihr zentrales Argument: Es sei nicht vertretbar, dem Parlament einen Beschluss mit so hohen Kosten vorzulegen, wenn die Finanzierung nicht geklärt sei. Zudem sei die mittel- bis langfristige Planung nicht konkret genug, um dafür bereits Kredite vorzusehen. **Die Finanzfachleute schlagen vor, diesen Teil zu vertagen, bis klar ist, wie viel Geld der Bund wirklich bereitstellen wird und woher es kommen soll.**

Lücken bei der Artillerie - Die Armee warnt vor handfesten Folgen: Bereits durch die Erstreckung auf 2035 entgehen ihr zwischen 2024 und 2030 rund 6,5 Milliarden Franken. Mehrere Rüstungsvorhaben müssten deshalb um vier bis acht Jahre verschoben werden. Das würde laut der Armee nicht nur die anvisierte Stärkung der Verteidigungsfähigkeit verzögern, sondern könnte sogar weitere Verschlechterungen bewirken. Denn ein Grossteil der Gelder der nächsten Jahre ist bereits fix verplant, unter anderem für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge.

Gleichzeitig erreichen in den nächsten Jahren viele andere Systeme das Ende ihrer Nutzungsdauer. Können sie nicht rechtzeitig ersetzt werden, drohen laut dem jüngsten Bericht der Armeespitze **«temporäre Fähigkeitslücken».** Bei den Bodentruppen geht es zum Beispiel um den **Werterhalt der Leopard-2-Kampfpanzer** – und vor allem um die Erneuerung des

indirekten Feuers. **Kann 2026 nicht wie geplant ein Ersatz für die Panzerhaubitze M109 beschafft werden, droht ein Grounding der Artillerie.**

Bei der bodengestützten Luftverteidigung bestehen Lücken im Abwehrdispositiv gegen Lenkwaffen, Marschflugkörper und Drohnen. Weiter will die Armee in die Vorräte investieren, vor allem bei der Munition. Manche Systeme könnten zwar kurzfristig weiterbetrieben werden, aber dies schuf neue Probleme: Die Betriebskosten würden steigen, die Armee hätte (noch) weniger Geld für Beschaffungen, die langfristige Erneuerung rückte weiter in die Ferne.

Die Schweiz ist gegen Angriffe aus der Luft nackt, die beiden geordneten Patriot-Systeme werden nicht vor 2027 geliefert und sind für die ganze Schweiz ungenügend. Auch die F-35, einmal geliefert, was sich bis in die 2030er Jahre erstreckt sind in der Anzahl ungenügend.

Klärung der Prioritäten - Im Bundesrat dürfte Viola Amherd einen schweren Stand haben. Die Lust der anderen Departemente, zugunsten der Armee im eigenen «Gärtchen» zusätzliche Abstriche hinzunehmen, ist eng begrenzt. **Und die Finanzministerin Keller-Sutter will primär den Haushalt im Lot halten.** Die Finanzverwaltung lässt das VBS auch schon wissen, was es geschlagen hat: Angesichts der düsteren Aussichten ist damit zu rechnen, dass die Armee bereits in den nächsten vier Jahren weniger Geld zur Verfügung hat als angenommen. Das VBS soll sich überlegen, wie es 1 bis 2 Prozent einsparen könnte. Damit würde das Erreichen des Ausbauziels noch weiter in die Zukunft verschoben.

Nachdem es Bundesrätin Keller-Sutter nicht gelungen ist, das Grounding der Credit Suisse zu verhindern und einen Alternativplan für die Aufrechterhaltung einer zweiten internationalen Grossbank aufrecht zu erhalten, wird sie es ein zweites Mal schaffen, das Grounding der Schweizer Armee mit ihrem unverbesserlichen Hang zur Schuldenbremse ihres früheren Amtsvorgängers Kaspar Villiger zu vollbringen!..... „Wir schaffen das Grounding“, sagt sich Keller-Sutter schon seit ihrem Amtsantritt im VBS....

Das Hin und Her zeigt vor allem eines: Eine Klärung der Prioritäten ist überfällig. Das Parlament könnte dies in der Budgetdebatte erledigen, die diese Woche beginnt. Vermutlich lässt es die heisse Kartoffel aber lieber beim Bundesrat liegen. Dieser will im Frühjahr 2024 eine Aussprache führen. Im Zentrum stehen die zwei Budgetposten, die am stärksten wachsen: die Armee sowie der Bundesbeitrag an die AHV (zurzeit 9,7 Milliarden Franken im Jahr). Seit letzter Woche steht offiziell fest, dass dabei auch Steuererhöhungen oder andere Mehreinnahmen zum Thema werden.

Delikate Entscheidungen zeichnen sich ab. **Hält das Parlament an seinen Vorgaben zum Armeebudget fest, auch wenn es dafür höhere Steuern erheben muss? Analog zum «AHV-Prozent» bei der Mehrwertsteuer wäre das dann ein «Wehrprozent».** In diesem Fall müsste Bundesrätin Viola Amherd den demokratischen Hürdetest bestehen. Da die Sätze der Mehrwertsteuer in der Verfassung stehen, könnte das Volk an der Urne entscheiden, wie viel ihm die Armee wert ist.

Kommentar - Der Wiederaufbau der Armee wird schmerzhaft teuer, muss aber höchste finanzpolitische Priorität erhalten *Georg Häsler, Bern, 4. Dezember*

Die Schweiz erhält die Quittung für die Friedensdividende: Für eine glaubwürdige Landesverteidigung muss die Politik die nötigen Finanzmittel bereitstellen.



Die RCH 155 AGM von Krauss-Maffei-Wegmann soll die M109-Panzerhaubitze ersetzen. Doch die Beschaffung 2026 ist finanziell in der Schwebe. *Armasuisse*

Die Artillerie trifft weit in die Tiefe des Raums, effektiv – und mit moderner Munition auch präzise. Es gelingt, den Gegner auf Distanz zu bekämpfen und auch abzunutzen. Gegenwärtig vermag die Ukraine nur so der russischen Übermacht standzuhalten. Das schwere, indirekte Feuer erweist sich neben den Drohnen als eines der zentralsten Elemente im Kampf der verbundenen Waffen.

Doch der Schweiz droht ausgerechnet das Grounding der Artillerie, falls die Armee nicht dezidiert mehr Geld erhält: Spätestens 2030 erreichen die Panzerhaubitzen M109 ihr Lebensende. Die Neubeschaffung inklusive Munition ist für 2026 vorgesehen – ein Paket in der Höhe von über 600 Millionen Franken. Nach der derzeitigen Finanzplanung des Bundes fehlt das Geld für diese Investition.

Auch mittelfristig nicht verteidigungsfähig - Das ist auf den ersten Blick überraschend: Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat das Parlament eine rasante Erhöhung des Militärbudgets beschlossen – auf ein Prozent des Bruttoinlandprodukts bis 2030. Die Armee begann zielgerichtet mit dem militärischen Aufwuchs, wurde aber von der schlechten Finanzlage des Bundes ausgebremst.

Der Bundesrat will das Wachstum der Militärausgaben bis 2035 erstrecken. Damit verliert die Armee insgesamt 10 Milliarden Franken. Allein in der nächsten Legislatur fehlen 1,6 Milliarden gegenüber der ursprünglichen Planung, um die Verteidigungsfähigkeit wieder herzustellen. Noch gravierender: Bis 2028 sind sämtliche flüssigen Mittel für Neubeschaffungen bereits mit Verpflichtungskrediten verplant.

Die Artillerie ist nur ein Waffensystem unter vielen, deren Erneuerung nun in der Schwebe ist. 2027 sollten etwa gravierende Lücken bei der Verteidigung gegen Bedrohungen aus der Luft geschlossen werden. Wird nicht investiert, ist auch die Armee mittelfristig nicht verteidigungsfähig.

Zuerst rigorose Sparmassnahmen - Heute wäre die Armee nicht in der Lage, ihren

Kernauftrag zu erfüllen. Über zwanzig Jahre lang wurde sie zusammengespart. Doch die Zeit für den Wiederaufbau drängt: Die Bedrohungslage verschlechtert sich sprunghaft. Westliche Nachrichtendienste gehen davon aus, dass Russland nach einem minimalen Erfolg eine weitere gefährlichere Offensive plant.

Unter diesen Vorzeichen debattiert das neue Parlament ab Dienstag das Budget für das nächste Jahr – und steht vor einem echten, liberalen Zielkonflikt: **Gesunde Finanzen bilden ebenso eine strategische Reserve für den globalisierten Kleinstaat Schweiz wie eine glaubwürdige Armee.** Von Hauruck-Experimenten, die Schuldenbremse zu umgehen, ist deshalb dringend abzusehen.

Gesunde Finanzen oder eine glaubwürdige Armee? Die Schweiz will mit finanziell weisser Weste sterben. Es ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Schweiz im Gegensatz zu allen Ländern des Auslands keine Schuldenobergrenze kennt. Aber mit sog. Schuldenbremse blockiert die Schweiz sich selbst und gerät auch im internationalen Vergleich immer weiter ins Hintertreffen. Der „finanzielle Musterschüler“ Schweiz ist nicht mehr Willens, sein langfristiges Überleben als souveräner und unabhängiger Staat sicherzustellen. Die Schweiz steht vor der Selbstaufgabe! Die Schweiz schafft sich ab und verschliesst sich wider besseres Wissen der Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, koste es was es wolle!

Gefragt sind ehrliche und deshalb schmerzhaft Lösungen: Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt muss dem Wiederaufbau der Armee höchste finanzpolitische Priorität einräumen. Dazu gehören rigorose Sparmassnahmen. Der militärische Aufwuchs ist eine gute Gelegenheit, den Bundeshaushalt grundsätzlich zu durchkämmen.

Rigorose Sparnahmen für eine Armee, welche einen dreissigjährigen Nachholbedarf aufweist? Diesen unerhörten Satz muss man sich vergegenwärtigen! Diese Worte sind ganz einfach unbedacht. Das Bundesparlament wird es nicht gelingen, mit Sparmassnahmen bei den grossen gebundenen Ausgaben des Bundesbudgets die notwendigen Mittel für eine glaubwürdige Landesverteidigung sicherzustellen!

Die Schweiz als Loch im Nato-Donut? - Doch die Finanzverwaltung geht davon aus, dass der Anstieg bei der Armee über Kürzungen nicht finanziert werden kann. Sollte das tatsächlich so sein, müsste die Schweiz über eine zeitlich begrenzte Wehrabgabe via die Mehrwert- oder die direkte Bundessteuer nachdenken, **um militärisch ein minimales Ambitionsniveau zu erreichen.**

Es gibt für die Armee und die Sicherheitspolitik kein minimales Ambitionsniveau, dies ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen! Die geopolitische Lage muss sich offenbar noch viel stärker zu unseren Ungunsten verändern, bis die politische Schweiz bereit ist, der Wahrheit ins Auge zu blicken.....

Die Friedensdividende ist aufgebraucht, die Party auf Kosten der Landes-

verteidigung vorbei. Jetzt grübelt die Politik über der Quittung. Entweder wird die Schweiz zu einem sicherheitspolitischen Loch im Donut, wie sich der US-Botschafter in Bern ausgedrückt hatte, oder sie findet den Willen, sich selber zu verteidigen und damit auch einen Beitrag zum Nato-Abwehrdispositiv zu leisten.

Die Armee hat einen Plan vorgelegt, wie der militärische Wiederaufbau gelingen könnte. **Ein Grounding der Artillerie wäre eine gewaltiger Rückschritt:** Geht eine Fähigkeit verloren, dauert der Wiederaufbau ein knappes Jahrzehnt. Dafür reicht die Zeit nicht.

Die Aushebelung der Schuldenbremse *Hansueli Schöchli, Brüssel, 5. Dezember*

In der EU wie in der Schweiz stehen Ideen zur Ausklammerung von Armeeaussgaben von den Haushaltsregeln zur Debatte.



Ursula von der Leyen ortet Sukkurs für eine privilegierte Behandlung von Armeeaussgaben bei der Schuldenbremse. Olivier Hoslet / EPA

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder von nächster Woche wird es in sich haben. Gewichtige Themen sind auf der Agenda, die Zeit drängt auf definitive Entscheide, doch ob es zu einer Einigung kommt, ist angesichts der grossen Kontroversen noch völlig offen. Dies betrifft besonders die Aufnahme von EU-Beitritts-Verhandlungen mit der Ukraine sowie die künftige Unterstützung der Ukraine (Ungarn droht mit Blockade), den mittelfristigen Finanzrahmen für das EU-Budget (die Sparsamen stehen den Lockeren gegenüber) und die **Reform der Regeln zur Schuldenbremse für die Mitgliedländer (dito).**

Die derzeit geltenden EU-Regeln zum Finanzhaushalt der Mitgliedstaaten umfassen Obergrenzen zum Jahresdefizit (3 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung) und zur gesamten Staatsverschuldung (60 Prozent). In der Schweiz umfassen die Regeln zur Schuldenbremse des Bundes keine Schuldenobergrenze. Zudem darf der Bund über einen ganzen Konjunkturzyklus betrachtet im Prinzip kein Defizit budgetieren.

Glaubwürdigkeit verloren - Der vielleicht wichtigste Unterschied zur Schweizer Schuldenbremse: Die Haushaltsregeln der EU haben keine grosse Glaubwürdigkeit. Übertretungen sind gängig, und die vorgesehenen Sanktionen werden kaum je ausgesprochen – denn manche Mitgliedstaaten haben Beisshemmung, weil sie selber ja auch einmal zur Kasse kommen könnten. Die Staatsverschuldung im EU-Durchschnitt lag schon 2019, also vor Ausbruch

der Pandemie, bei 79 Prozent und damit weit über der 60-Prozent-Obergrenze. Im ersten Quartal 2023 waren es 84 Prozent.

Die Haushaltregeln der Schweiz zur Schuldenbremse haben auch in unserem Land keine Glaubwürdigkeit. Die Glaubwürdigkeit der Schuldenbremse in der Schweiz ist staatsgefährdend! Ein Land, dass seine Verteidigung nicht glaubwürdig sicherstellen kann, indem es eine vollausgerüstete im Bestand gut dotierte Armee (100'000 Mannschaftsbestand ist in der Schweiz völlig ungenügend) mit Waffen unterhält, die den heutigen Kriegstatsachen entsprechen (veraltete und fehlende Waffensysteme) hat ausgedient, ein solches Land gibt sich selbst auf, mit anderen Worten, ein solches Land schafft sich selbst ab!

Zurzeit sind die ordentlichen Regeln ohnehin ausser Kraft gesetzt, weil die EU 2020 als Folge der Pandemie die Ventilklausel aktivierte, welche bei aussergewöhnlichen Umständen Abweichungen erlaubt.

Ab Anfang 2024 sollen wieder die alten ordentlichen Regeln gelten, sofern bis dann keine Reform beschlossen wird. Die EU-Kommission hatte diesen April eine Reform vorgeschlagen, die an den Schwellenwerten 3 Prozent und 60 Prozent im Grundsatz festhält, aber den Mitgliestaaten nach dem Überschreiten der Schwellenwerte mehr Spielraum bei der Wahl des Kurses zurück zur Tugend gibt. Das Lager der Sparsamen (mit Deutschland, den Niederlanden, Skandinavien und Osteuropäern) will möglichst verbindliche Vorgaben, während die Lockeren (wie Frankreich, Italien und Griechenland) möglichst viel Flexibilität wünschen.

Die europäischen Schwellenwerte von 3 Prozent Budgetdefizit und 60 Prozent Staatsverschuldung sind in der EU längst zur Makulatur verkommen, werden sie ja von einigen wenigen Staaten auch nur teilweise eingehalten.

Mehr Nachsicht für Defizite - Viel zu reden gibt der Vorschlag für eine Sonderbehandlung von Verteidigungsausgaben. Als Folge von Russlands Krieg in der Ukraine stehen die Zeichen in der EU wie in der Schweiz auf eine Erhöhung der Armeeausgaben. Die spanische Präsidentschaft des EU-Ministerrats hat jüngst vorgeschlagen, dass für Investitionen von Mitgliedländern in die Verteidigung nicht die üblichen Regeln der Schuldenbremse gelten sollen: Wenn solche Länder die 3-Prozent-Defizitgrenze überschreiten, sollen sie durch die EU-Kommission mit mehr Nachsicht bei der Definition von «exzessiven» Defiziten behandelt werden.

Es ist vollkommen töricht, die Verteidigungsausgaben, der Staatsaufgabe Nr. 1 jedes Landes der Schuldenbremse zu unterwerfen. Damit entwaffnen sich ein Land selbst! Welche weitsichtige Phantasten zeichnen in der Schweiz und auch im EU-Raum für diese unsägliche Schuldenbremse verantwortlich? In der Schweiz ist dies der vielgelobte und geachtete altFDP-Bundesrat Kaspar Villiger. Er ist damit zum Abschaffer Nr. 1 der Schweiz mutiert, sofern der heutige Bundesrat und das Bundesparlament diese Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben nicht schnellst-

möglichst abschafft. Die Schweiz ist auf dem Wege, die Armee ganz abzuschaffen und damit schafft sie sich selbst ab!

In der Europäischen Union umfassen die Regeln zur Schuldenbremse keine Schuldenobergrenze, ganz im Gegensatz zu uns in der Schweiz. Für die Schweiz ist deshalb im Einklang mit der EU (das bedeutet keine EU-Konzession) zu fordern, dass in der Schweiz keine Schuldenobergrenze für Verteidigungsanstrengungen gelten darf. Die Alimentierung Sicherheitspolitik muss nach einem Parlamentsbeschluss und aufgrund der geopolitischen Lage festgesetzt werden, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in der Sicherheitspolitik eine finanzielle Lücke von rund CHF 13 Milliarden besteht. Dies ist der Aufwand, den CdA KKdt Thomas Süssli am 13. August dieses Jahres kommuniziert hat.

Was das genau heissen würde, ist offen. Doch es gebe «breite Unterstützung» für die Grundidee, betonte die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen vergangene Woche in einer Rede vor der Europäischen Verteidigungsagentur. **Die EU-Chefin deutete zudem an, dass man den Ländern, die ihre Verteidigungsausgaben erhöhten, auch noch zusätzlich entgegenkommen könnte** – was auch immer dies konkret bedeuten würde.

Das System Europäische Union, wenn Mitgliedländer die Schwellenwerte nicht erfüllen, räumt man ihnen zusätzliche Möglichkeiten ein, sich von diesen Schwellenwerten noch weiter zu entfernen. Die Situation in der Schweiz sieht anders, unvergleichlich viel weniger schlecht aus. Die Schweiz erfüllt als Nicht-EU-Land den Schwellenwert der Staatsverschuldung nicht immer deutlich (Staatsverschuldung liegt bei ca. 45 Prozent) und das Budgetdefizit konnte bisher immer unter einem Fehlbetrag von jährlich 3 Prozent gehalten werden. Aber die Verteidigungsausgaben, die bisher der Schuldenbremse unterworfen sind (welche Politiker sind da noch bei Verstand?) waren nicht der Grund für die Fehlbeträge.

Auch in der Schweiz steht eine Sonderbehandlung von Armeeaussgaben bei der Schuldenbremse zur Diskussion. Diesen Dienstag kommt eine Motion in den Ständerat, die zusätzliche Armeeaussgaben generell von der Schuldenbremse ausnehmen will oder – mit kurzfristig ähnlicher Wirkung – als «ausserordentlich» deklarieren will. Die Finanzkommission des Ständerats hatte den Vorstoss mit knapper Mehrheit befürwortet.

Eine kurzfristige, als „ausserordentlich“ zu deklarierende Ausnahme von der Schuldenbremse kommt nicht in Frage, denn die Vernachlässigungen bei den Armeeaussgaben sind langfristiger Natur. Dies würde nur bedeuten, sich vor dem Problem mit einer Alibilösung zu verschliessen!

Was heisst hier «wichtig»? - Die Schuldenbremsen in der EU wie in der Schweiz machen im Prinzip keinen Unterschied zwischen Investitionen und Konsumausgaben des Staates. Theoretisch könnte man sagen, Investitionen wären anders zu betrachten als Konsumausgaben. Wer Investitionen – zum Beispiel in Rüstungsgüter mit einer Laufzeit von 20 Jahren – von den ordentlichen Regeln ausnehmen will, müsste aber im Gegenzug die jährlichen Abschreibun-

gen als Konsumausgaben behandeln. Langfristig käme es auf das Gleiche hinaus. Die Grenze zwischen Investitionen und Konsumausgaben sind überdies fließend, so dass die Gefahr von Umgehungen nie weit weg wäre.

Dieses Argument (jährliche Abschreibungen) muss in den Überlegungen miteinbezogen werden. Doch es spricht nichts gegen eine Bundes-Sicherheitsanleihe von CHF 15 Mrd. Mit unterschiedlichen Laufzeiten. Die langfristigen Zinsen in der Schweiz bewegen sich in einer Bandbreite von 0.7 – 1.4 Prozent für erstklassige Schuldner wie die Eidgenossenschaft. *Das billige Geld liegt somit weiterhin auf der Strasse und die Nachfrage nach Top-Obligationenschuldnern ist weiterhin gross.* Die anfallenden jährlichen Zinsen (bei 1.5 Prozent auf CHF 15 Milliarden) von CHF 225 Millionen kann man getrost dem VBS-Budget belasten. Dies entspricht einer Belastung des jährlichen VBS-Budgets von rund CHF 6 Milliarden von knapp 4 Prozent!

Skurril ist derweil das in Brüssel wie in Bern zu hörende Argument, dass Zusatzausgaben für die Armee angesichts von deren grosser Wichtigkeit im derzeitigen Umfeld eine Sonderbehandlung verdienen. Wer so argumentiert, müsste auch jeden anderen Posten im Staatsbudget von den Regeln der Schuldenbremse ausnehmen: Bildung, Forschung, Landwirtschaft, Regionalförderung, Altersvorsorge, Umweltschutz, Kultur, Beamtenlöhne, Ausgaben für Schuhbündel und für alles andere. Denn jeder dieser Posten ist per definitionem für die politischen Entscheidungsträger «wichtig»; als unwichtig betrachtete Posten würden es angesichts der Begrenztheit der Mittel gar nicht erst ins Staatsbudget schaffen.

Die Sicherheitspolitik verdient zu jedem Zeitpunkt eine Sonderbehandlung, denn die Sicherheitspolitik ist die Staatsaufgabe Nr. 1, ohne glaubwürdige Sicherheitspolitik ist die Souveränität und Unabhängigkeit in Frage gestellt. Dies ist nicht so, wenn die Ausgaben für Bildung und Forschung, für den Umweltschutz und die Entwicklungshilfe gekürzt werden. Zudem vernachlässigt die Schweiz mit ihrem Minibudget von 0.7 Prozent des BIP ihre internationale Solidarität in Bezug auf die Geopolitik! Das leuchtet wohl NZZ-Redaktor Hansueli Schöchli und der ganzen NZZ-Redaktion nicht ein.

Die Ausklammerung von Ausgabenposten von den regulären Regeln der Schuldenbremse ist somit ein potenziell wirksames Mittel, die Glaubwürdigkeit der Schuldenbremse (weiter) zu untergraben. Wer es als wichtig empfindet, die Ausgaben für die Armee oder für etwas anderes zu erhöhen, müsste ehrlicherweise sagen, wie das zu finanzieren wäre – durch Einsparungen bei anderen guten Zwecken oder durch höhere Steuern. Anders gesagt: Wenn die jetzige Generation Mehrausgaben für einen wichtigen Zweck beschliesst, sollte sie redlicherweise auch für die Kosten aufkommen. Doch für Politiker ist es viel populärer und damit bequemer, die Zusatzlasten durch Umgehung der ordentlichen Regeln der Schuldenbremse kommenden Generationen anzuhängen.

Wo bleibt denn die Glaubwürdigkeit der Schweizerischen Bundesverfassung. Welche der drei Artikel, BV Art. 2 (Zweckartikel), BV Art. 58 Abs. 2 (Die Armee

vereidigt das Land und seine Bevölkerung) und BV Art. 126 Haushaltsführung (Schuldenbremse) hat denn Priorität?

Eine unredliche Argumentation der NZZ! Die Vernachlässigung der Armee geht zurück auf das Jahr 1989, als die Berliner Mauer fiel. Alle waren der Meinung, nun sei der „ewige Frieden“ ausgebrochen. Politiker von links und gar von der Mitte (die FDP zählt sich ja zur Mitte, als Abgrenzung gegenüber der SVP) waren sich nicht mehr bewusst, dass die Sicherheitspolitik die Staatsaufgabe Nr. 1 ist und dass bei der Armee keine Abstriche gemacht werden dürfen. Und wer soll nun für diese Nachlässigkeit bezahlen, sicher nicht die heutige junge Generation, sondern das ganze Volk. Der Souverän von jung bis alt hat dafür zu sorgen, dass die Sicherheitspolitik ihre Aufgaben, so schnell als möglich wieder bestmöglichst erfüllen kann! Wer dies nicht will und nicht einsieht, ist ein Abschaffer der Schweiz und der Armee!